

Einstimmiger Beschluss Nr. 94-2022 (20. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz

Aufstellen eines ehemaligen Beton-Grenzpahls der DDR-Grenze auf dem Osterholzer Friedhof

Der Beirat Osterholz beschließt:

Beirat und Ortsamt Osterholz bitten den Umweltbetrieb Bremen bzw. das Umweltressort bzw. die Umweltdeputation dem Aufstellen eines ehemaligen Beton-Grenzpahls der DDR-Grenze auf dem Osterholzer Friedhof in der Nähe des Kreuzes und der Gedenksteine für die ehemals deutschen Ostgebiete zuzustimmen.

Begründung:

Der Osterholzer Friedhof ist bremenweit zentraler Gedenkort für die Toten der beiden Weltkriege. Zudem besteht dort u. a. ein Ehrenfeld für das Gedenken an die Toten von Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Im Stadtteil Osterholz befindet sich auf dem Gelände des THW Ost ein Grenzpfahl von der ehemaligen innerdeutschen Nachkriegsgrenze. Von 1960 bis ca. 1990 (Stichwort Mauerfall) gab es zwischen beiden deutschen Staaten hochgesicherte Grenzanlagen der DDR, an der es auch einen Schießbefehl gab, wenn Bürgerinnen und Bürger von der DDR in die Bundesrepublik flüchten wollten. Außerdem gab Selbstschussautomaten, so dass an dieser Grenze, aber auch an der Grenze des geteilten Berlins, viele Menschen zu Tode gekommen sind, an die auch in Bremen erinnert werden könnte und sollte.

Da in der Generation der unter 30-Jährigen größtenteils die Erinnerung an die innerdeutsche Grenze nicht mehr vorhanden ist, wäre das Aufstellen eines ehemaligen Grenzpfahls ein Symbol für die Opfer der Teilung Deutschlands, aber auch der Teilung Berlins.

Während eines Ortstermins am 14.6.2022 auf dem Friedhof Osterholz im Beisein von Herrn Gaber, Vorsitzender des Volksbundes BDV-Abteilung Bremen, Frau Henze, Landesamt für Denkmalpflege, Herrn Massmann, Mitglied der Geschichtswerkstatt Osterholz, Beiratsmitglied und Mit-Autor des Buches zum 100-jährigen Jubiläum des Friedhofes, Frau Ponten, Umweltbetrieb Bremen, sowie des Ortsamtsleiters Herrn Schlüter sowie zwei ehemaligen Vertriebenen aus Rumänien gab es eine Erörterung über einen dauerhaften Standort für den o. a. Grenzpfahl. Direkt im Anschluss an die Rundmauer um die Gedenkstätte, hinter dem Gedenkstein für Berlin und die Mark-Brandenburg (hier handelt es sich um einen Fehler bei den Steinen für die verlorenen Ostgebiete Deutschlands, denn Berlin ging ja nicht verloren und von der Mark-Brandenburg nur die Gebiete östlich der Oder) könnte nach einmütiger Auffassung des Beirates Osterholz der ehemalige Grenzpfahl seinen Platz finden und so den geführten Besuchern und Schulklassen dann erläutert werden, dass auch nach dem 2. Weltkrieg bis 1989 viele Opfer zu beklagen waren. Die Aufstellung des Grenzpfahles könnte vom Beirat finanziert werden. Im Übrigen wird ja dieser Gedenkort wie der ganze Friedhof vom Umweltbetrieb gepflegt, der auch 1952 die Pflege sowie die Verkehrssicherungspflicht für den Gedenkort übernommen hat.

Herr Massmann, Herr Gaber und Herr Schlüter waren sich in diesem Vorschlag völlig einig. Auch die Landesdenkmalpflege hat grundsätzlich keine Bedenken, da das vorhandene Ensemble nur eine kleine Ergänzung von außen erhält (höchstens 20 cm x 20 cm). Die Bezirksleiterin des Umweltbetriebes Bremen hat in der Diskussion vor Ort diese Lösung abgelehnt.

Deshalb bittet der Beirat gemeinsam mit den weiteren Beteiligten um die Genehmigung dieses Vorschlages durch den Umweltbetrieb bzw. dessen vorgesetzte Dienststelle. Auch der Beirat möchte unbedingt, dass die geschichtsträchtigen Führungen über die Kriegsgräberfelder und diesen Gedenkort (u. a. durch Mitglieder der Geschichtswerkstatt beim Ortsamt Osterholz und dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge sowie durch weitere Anbieter) um diese kleine Ergänzung angereichert werden können, um auch auf die Opfer durch die Nachkriegsteilung Deutschlands, hinweisen zu können.

Bremen, 11. Juli 2022

gez. Massmann gez. Krauskopf gez. Dillmann gez. Last gez. Kocas
(SPD-Fraktion) (CDU-Fraktion) (GRÜNE-Fraktion) (LINKE-Fraktion) (FDP-Fraktion)

gez. Schlüter
(Ortsamtsleiter)